

| | | |
|------------------------------|-------------------|---------------------|
| Fraktionsantrag | Vorlagen-Nr.: | VO/6098/2018 |
| | Status: | öffentlich |
| | Datum: | 02.02.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | SPD BfM CDU | |

| | | |
|---|----------------------|--------------------|
| Beratungsfolge: | | |
| Gremium | Zuständigkeit | Sitzung ist |
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Haupt- und Finanzausschuss | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.: Aufstufung von Teilen der B3 zur Bundesautobahn

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Umwidmung von Teilen der B3 – vom Gießener Nordkreis bis zur Abzweigung der B 255 bei Niederweimar – zur Bundesautobahn aus und begrüßt die bislang dazu unternommenen Schritte.
- Der Magistrat wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Bemühungen fortzuführen.

Begründung:

Autobahnnähe ist ein Standortfaktor für die Gewerbeansiedlung. Marburg aber ist eine von wenigen Städten in dieser Größenordnung ohne eine solche ausgewiesene Nähe zu einem Autobahnanschluss.

Insofern wird eine formale Aufstufung der B 3a zur Bundesautobahn vom Gießener Nordkreuz bis zur Abzweigung der B 255 bei Niederweimar zu einer besseren überörtlichen Wahrnehmung der Stadt gerade bei Investoren führen und im Wettbewerb der Regionen von Vorteil sein. Die durch den Oberbürgermeister gestartete Initiative wird daher begrüßt.

Eine verkehrliche Mehrbelastung wird nicht erwartet, da die Straße bisher schon autobahngleich ausgebaut ist. Wohl aber würde Marburg auf Karten mit seiner Nähe zu einem Autobahnanschluss ausgewiesen. Dies wäre auch für mögliche in Frage kommende Investoren ein förderlicher Faktor.

Innerhalb des Stadtgebietes würde die B 3 weiterhin als Bundesstraße fortgeführt, wodurch sich die Stadt etwaiger Möglichkeiten, die Belastung durch die Straße zu reduzieren, nicht verbirgt.

Behauptungen, durch die Umwidmung könnten wieder frühere Planungen zur Trassenführung der A 49 mitten durch Marburg zum Tragen kommen, sind irreführend, da die Planung der A 49 endgültig festgestellt und selbst bei Gerichten nicht mehr beklagbar ist. Auch die Finanzierung des Baus steht inzwischen.

Der Hessische Verkehrsminister steht der Umwidmung ebenfalls positiv gegenüber und ist möglichen Befürchtungen über eine Neuplanung der A 49 oder wegen einer erhöhten verkehrlichen Belastung in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Landtag bereits entgegengetreten.

Schaker Hussein
Dr. Fabio Longo

Roland Frese
Andrea Suntheim-Pichler

Dirk Bamberger
Roger Pfalz
Karin Schaffner
Jens Seipp